

Politik, Kultur  
Programm  
aus Ost & West

02/2010

\*29.01.2010

# Dresden im Februar

## Eine notwendige Polemik in zwei Stimmen

*Alle Jahre wieder kommt der Weihnachtsmann – und kurz darauf der 13. Februar. Für Dresden bedeutet letzteres: es ist Gastgeber für den größten regelmäßigen Naziaufmarsch europaweit. Vielleicht sogar weltweit. Und alle Jahre wieder gibt es Streit, wie man mit diesem Tag, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens 1945, umgehen soll. Zwischen „Bomben-Holocaust“, „würdigem Gedenken und Platz für Trauer“ sowie dem antideutschen Slogan „Bomber-Harris, do it again!“ darf sich jeder seinen Platz im Umgang mit der Stadtgeschichte suchen. So gestaltet sich dann auch das Geschehen: verwirrend. Zwei Dresdner über ihre ganz unterschiedliche Sicht auf die Dresdner Gedenkkultur.*

### Ärgerlicher Bedeutungswandel

Oft schon habe ich mit Menschen gesprochen, die nicht in Dresden aufgewachsen sind und denen die Bedeutung des 13. Februar in meiner Stadt eigenartig vorkam. Es sind doch auch andere Städte zerbombt worden, sagen sie, verstehen die Bedeutung nicht, die viele Dresdnerinnen und Dresdner diesem Tag beimessen. Sie wintern Übertreibung, Überhöhung. Andere, durchaus auch Dresdnerinnen und Dresdner lehnen das Erinnern an den 13. Februar ab mit dem Argument, die damals hier Lebenden seien als Deutsche doch selbst schuld an der Zerstörung der Stadt gewesen.

Diese beiden auch und besonders bei Linken verbreiteten Haltungen, die Ablehnung der Gedenkkultur und die Ablehnung des Gedenkinhaltes haben dazu geführt, dass die im Gedenken an die Zerstörung einer Stadt liegenden Lehren verwaschen und die Deutungshoheit über das historische Ereignis anderen überlassen wurde.

Wenn mir etwas angetan wird, kann das unterschiedliche Gefühle in mir auslösen: Hass und Rachegefühle auf der einen Seite sind ebenso mögliche „Ableitungen“ wie Lehre und Erkenntnis, in Zukunft solchen Schmerz für sich und andere zu vermeiden. Was davon gültig und akzeptiert wird, ist kein Zufallsprodukt, sondern Ergebnis des Nachdenkens.

Dieses Nachdenken findet auch in der Gesellschaft statt, als Diskurs verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen, die dem 13. Februar eine ihren Interessen entsprechende Bedeutung geben wollen. Hier zeigt sich: Wer die Berechtigung zur Trauer an diesem Tag anzweifelt, kann in der Diskussion über die daraus zu ziehenden Lehren keine Stimme erheben.

Die Folge ist dramatisch: Andere besetzen diesen Raum, andere marschieren an diesem Tag und füllen das Deutungsvakuum mit ihren Auslegungen des Geschehens.

Uneingeschränkt stimme ich zu: Den Faschisten darf der 13. Februar nicht überlassen werden. Das kann aber kaum über Betroffenenadressen und Blockaden an diesem Tag erreicht werden, so notwendig sie jeweils auch sein mögen. Faschisten und Ewig Gestrige sind vom „13. Februar“ nur dann fernzuhalten, wenn wir diesem Tag eine eigene, von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt akzeptierte Bedeutung geben.

Eine politische Linke, die junge Dresdnerinnen und Dresdner aufruft, als Lehre aus den Kriegereignissen und der Zerstörung unserer Stadt den Kriegsdienst in Afghanistan zu verweigern: Das wäre folgerichtig, zeitgemäß und mutig.

TILO KIESSLING

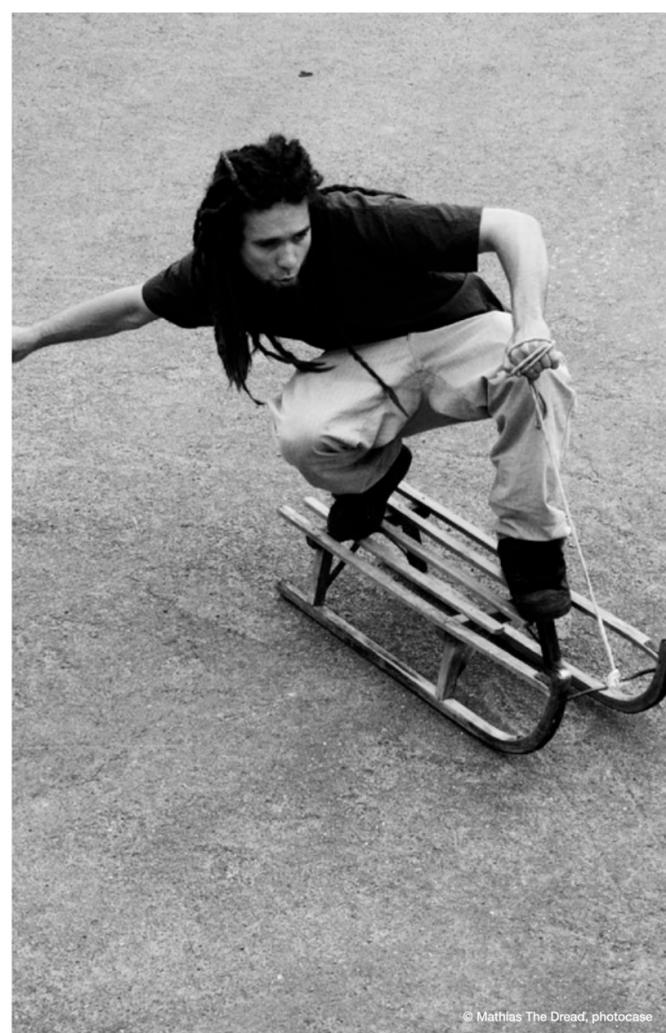
Dresdner Stadtrat für DIE LINKE,  
1971 in Dresden geboren

### Dresdner Gedächtnisfestspiele

Was haben das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ und die „Dresdner Gedenkkultur“ gemeinsam? Beides sind Relikte deutscher Verdrängungsmechanismen aus den späten 40er Jahren oder, um es noch deutlicher zu sagen, Versuche, die unfassbare Schuldsumme des Dritten Reiches ein wenig herunter zu rechnen, angepasst an die Interessen der jeweiligen Siegermächte. Motto des ganzen Zinnober: Auch den Deutschen wurde Unrecht getan, von den Russen (Vertreibung) genauso wie von den Briten und Amerikanern (Städte kaputt).

Galt die Vertreibung auf der Westseite des eisernen Vorhangs als Beweis für die völlige Unmenschlichkeit der Bolschewisten, mussten im Osten die „militärisch sinnlosen, angloamerikanischen Bombardements“ für die entmenschte Fratze des Imperialismus herhalten. Als Kind habe ich eine ganze Weile geglaubt, Angloamerika wäre ein eigenständiger Staat.

So weit – so langweilig, so lange her und außerdem peinlich. Peinlich, das Gewese, mit dem Dresden von offizieller Seite immer noch zum Sonderfall in Sachen Bombenkrieg geschwafelt wird, peinlich auch der Gebrauch des Begriffes Trauer – nach 65 Jahren schon rein psychologisch der blanke Unsinn – peinlich das Ausblenden, worum es am 13. Februar inzwischen überhaupt geht: Gewährt man den Neonazis Aufmerksamkeit oder nicht? Bedient man ihr krudes Geschichtsbild, indem man lediglich behauptet, man habe die bessere, weil demokratische und historisch einwandfreie Gedenkkultur oder ordnet man sich endlich gleichberechtigt als ein Kriegsschauplatz von vielen in die Geschichte ein und überlässt es je-



© Mathias The Dread, photocase

dem persönlich, am 13. Februar in sich zu gehen?

Ob alteingesessene Dresdner dazu fähig sind, muss allerdings bezweifelt werden. Zu tief dürften sie ihren Status als historischer Sonderfall verinnerlicht haben. Wem aber das Gegeirne spätgeborener Berufsvertriebener ebenso gehörig wie berechtigt auf die Nerven geht, der könnte zumindest überlegen, ob er sich von den Dresdner Gedächtnisfestspielen aller Art nicht auch mit Grausen abwenden sollte. Schließlich sind Winterferien und in den Bergen

liegt Schnee. Eine Stadt, deren Bewohner fröhlich Rodeln sind und durch deren leere, kalte Gassen die braunen Trottel zwischen drei Meter hohen Holzzäunen ein paar Runden latschen dürften, verachtet und rechts liegen gelassen von Gesellschaft und Medien – das wäre mein Wunsch für den 13. Februar.

UWE SCHAARSCHMIDT

Pressesprecher des Dresdner Stadtverbandes der LINKEN. 1965 in Karl-Marx-Stadt geboren.

## EDITORIAL

Vergangene Woche feierte attac seinen 10. Geburtstag. Klar, dass es aus der linken Ecke Vorwürfe hagelte. Motto: Es gibt keinen Grund zu feiern! Von den viel beschworenen Sozialprotesten aus der Mitte der Gesellschaft weit und breit keine Spur. Der Kapitalismus lebt und die Krise dient ihm als Tropf. Bald wird er sich gestärkt von seinem Krankenlager erheben. In den „Laudatien“ der linken Zeitungen wurde genöhlt: Vom Ruder in der Wüste zum Mainstream (jW). In der Mitte der Gesellschaft angekommen (ND) und Attac muss sich neu erfinden, will das Netzwerk den eigenen Erfolg überleben (taz).

Demgegenüber greifen wir als Neuland-Redaktion Argumente auf, die uns aus den Regionen erreichen. Attac entstand vor allem als Bildungsbewegung. Aktivisten beschäftigen sich eigenständig mit dem Thema Globalisierung und deren Folgen, das Weltklima und den Weltfrieden. Dieses Wissen Menschen in der jeweiligen Region nahe zu bringen und den Prozess der Suche nach Alternativen zum kapitalistischen System anzustoßen, ist zentrales Anliegen vieler Attacs.

Nun sind wir also im Mainstream angekommen. Schön. Etwas besseres, als dass „ganz normale“ junge Leute Veranstaltungen frequentieren, die sich mit Utopien von Wirtschaft und Gesellschaft befassen, kann uns doch gar nicht passieren.

Wenn dort, wo Bürgerinnen und Bürger zusammenkommen, um ihre Region zukunftsfähig zu gestalten, das Konsensprinzip Einzug hält und Methoden der Gewaltfreien Kommunikation angewendet werden, dann ist auch dies als großer Fortschritt in Richtung Neuland zu bewerten.

Attac setzt erfolgreich Impulse gegen die kapitalistische Wachstumslogik. Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

SOLVEIG FELDMER  
RICHARD SCHMID

# Von Räubern, Rettern und Renditen

## attac lädt zum Bankentribunal in die Berliner Volksbühne



Was ist gerecht? Wenn Gewinne privatisiert und Verluste verstaatlicht werden? Die staatlichen Bankenrettungsmaßnahmen in der Finanzkrise haben bei vielen Menschen ein großes Unbehagen hinterlassen. Warum wird niemand zur Rechenschaft gezogen, warum läuft alles weiter, als ob nichts gewesen wäre? Es ist Zeit, öffentlich Anklage zu erheben. Doch da es für diese Art der Gerechtigkeit kein

Gericht gibt, hat attac Deutschland beschlossen, ein Bankentribunal einzuberufen. Denn einer muss es ja tun.

Das Tribunal findet vom 9. bis 11. April 2010 in der Volksbühne in Berlin statt. Es ist kein Theaterstück, sondern ein fairer zivilgesellschaftlicher Prozess. Fünf Richterinnen und Richter, darunter Sozialrichter Jürgen Borchert, Terre-des-Hommes-Geschäftsführerin Danuta Sacher

und Wirtschaftswissenschaftler Karl-Georg Zinn, werden ein Urteil im Namen der Bürgerinnen und Bürger sprechen. Den Angeklagten aus Politik und Wirtschaft wird im Februar eine Vorladung zugestellt. Sie bekommen renommierte Pflichtverteidiger wie den Wirtschaftsjournalisten Wolfgang Kaden zur Seite gestellt, die an ihrer statt sprechen werden, falls sie nicht erscheinen. Prominente Zeuginnen und Gutachter werden mit ihren Aussagen die Praktiken von Politik und Wirtschaft erhellen.

In drei Beweisaufnahmen werden individuelle Schuld und systemische Krisen aufgerollt. In Punkt eins lautet die Anklage auf Aushöhlung der Demokratie. Verhandelt wird dabei beispielhaft die HRE-Rettung und das SoFFin-Gesetz. Im zweiten Punkt geht es um die Zerstörung der Lebensgrundlagen in Nord und Süd. Dafür wird es fünf Anhörungen zu den Bereichen Staatshaushalte, soziale Sicherungssysteme, Arbeit, Ökologie und globaler Süden geben, um die Schwere der Schuld festzustellen. Im letzten Anklagepunkt

wird die Vorbereitung der nächsten Krise untersucht und die verpasste Chance auf Regulierung der Finanzmärkte.

Den Auftakt macht eine kulturelle Veranstaltung am Freitagabend. Verhandelt wird den ganzen Samstag. An das Urteil am Sonntagmorgen schließt sich das Forum der Alternativen an, in dem Raum ist, gemeinsam über eine andere Gestaltung des Bankwesens nachzudenken. Das Tribunal soll der Startpunkt für ein breites öffentliches Bündnis

sein, das sich für ein anderes Banken- und Finanzsystem einsetzt. Damit aus dem Unbehagen eine Bewegung wird.

ANDREA VETTER

Informationen zum Bankentribunal unter [www.attac.de/bankentribunal](http://www.attac.de/bankentribunal) Das Bankentribunal. Von Räubern, Rettern und Renditen Eine Veranstaltung von attac Deutschland 9.-11.04., Volksbühne Berlin, Linienstraße 227, 10178 Berlin

### Mitmachen

Es gibt viele Möglichkeiten, das Projekt Bankentribunal tatkräftig zu unterstützen:

Die Vorbereitungsgruppe freut sich noch über Mitwirkende, die besondere Aufgaben übernehmen wollen: Organisationstale, GrafikerInnen, Ausstellungs-GestalterInnen.

Wir suchen KünstlerInnen, die mit Installationen oder anderen Werken das Thema auch im Foyer der Volksbühne und im Rahmenprogramm auf den Punkt bringen.

Bankentribunal-Team: [fabian.scheidler@attac.de](mailto:fabian.scheidler@attac.de)

# „Man muss viel miteinander reden“

## Selbstgestaltung als Chance für den ländlichen Raum



© Richard Schmid

Wiesenburg ist ein auffallend schmuckes Dorf. Es liegt eingebettet in die reizvolle, waldreiche Landschaft des Hohen Fläming. Wir treffen Barbara Klembt, die wohl dienstälteste Bürgermeisterin von Brandenburg, in ihrem Arbeitszimmer. Seit 1984 ist sie mit dem Gemeindegemeindeamt verbunden. 2008 wurde sie erstmals direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, als Mitglied der LINKEN. Barbara Klembt macht nicht viel Aufhebens um ihre Person. Sie wirkt ruhig, sachlich, fast nüchtern. Aber ihre Hände arbeiten und in ihrer Miene spiegelt sich der Enthusiasmus, mit dem sie ihr Amt ausfüllt. Ihr Hauptanliegen ist die Entwicklung des ländlichen Raumes durch das Herstellen von Stoffkreisläufen unter Einhaltung des Prinzips der Nachhaltigkeit. „Das funktioniert nur, wenn vor Ort die Entscheidungen fallen“, so die Lokalpolitikerin.

Die Liebe zum Dorf, die Verbundenheit mit der Natur und der Landwirtschaft stecken tief in ihr. Ihre Kindheit hat sie auf dem Hof der Eltern in Stilow, nahe Lubmin, verbracht. Die Großeltern waren bis 1935 noch Tagelöhner gewesen. Als älteste von acht Geschwistern entwickelte sie

schon früh die Fähigkeit zu organisieren. Ihre Eltern waren gesellschaftlich aktiv, der Vater ein Genosse aus humanistischer Überzeugung. „Jeder ist es wert als Mensch geachtet zu werden.“ Dieser Grundsatz wurde Barbara Klembt frühzeitig mitgegeben. Ehrenamtliche Arbeit, Einsatz für andere und das große Ganze gehörten immer zu ihrem Leben. Als Jugendliche hat sie die Klassiker des Marxismus gelesen. Sie findet deren Gedanken bis heute durchaus nachvollziehbar. „Es ist der bessere Weg, wenn diejenigen, die arbeiten, auch den Nutzen daraus ziehen können.“

Nach Abschluss der 10. Klasse absolvierte sie eine Lehre als Handelskaufmann. Wegen ihres gesellschaftlichen Einsatzes, bei dem sie ihr Organisationstalent entfalten konnte, entschloss sie sich für eine Laufbahn in der Jugend- und Kulturarbeit. Als Mitglied der FDJ-Kreisleitung Wolgast hielt sie Kontakt zur Basis, ersann Ideen und arbeitete an deren Umsetzung. Mittlerweile hatte sie eine Familie gegründet und lebte mit Mann und bald zwei Kindern in der Stadt an der Ostsee. Im Neubau. Der Wunsch, wieder auf das Land zu ziehen, wurde stärker. So folgten die jun-

gen Leute dem Ruf der Schwiegereltern nach Wiesenburg. Das war 1979. Drei Jahre später wurde das eigene Haus gebaut. Zunächst arbeitet Barbara Klembt für den Kreisvorstand der DSF (Deutsch-Sowjetische-Freundschaft). Sie organisierte Veranstaltungen und war viel unterwegs. Als das dritte Kind sich anmeldete, freute sie sich auf mehr Zeit für die Familie und wollte kürzer treten. Da wurde ihr das Amt der Stellvertretenden Bürgermeisterin in Wiesenburg angeboten. Sie brauchte Bedenkzeit. Aber dann entschied sie sich, in dem Bereich zu arbeiten, der ihr am meisten liegt. Kultur, Jugend, Sport – das war 5 Jahre ihr Aufgabenfeld als Stellvertreterin.

In der Wendezeit wurde sie indirekt aus der Gemeindevertretung heraus zur Bürgermeisterin gewählt und seitdem immer wieder im Amt bestätigt. Sie hat alle Verwaltungsreformen mitgemacht. Die Arbeit mit den Menschen vor Ort ist ihr immer das Wichtigste gewesen. Nur dadurch wurden greifbare Ergebnisse möglich. Und diese spüren nicht nur die Wiesenburg Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Durchreisende. Manch einer von ihnen ist sogar zurückge-

kommen und hat sich hier angesiedelt. Wiesenburg erfreut sich der Zuwanderung. Die attraktive Landschaft, günstige Familienbedingungen, gute medizinische Versorgung, interessante kulturelle Angebote sowie eine ordentliche Verkehrsanbindung haben vor allem Menschen aus Berlin bewogen, der Großstadt den Rücken zu kehren. Mittlerweile gibt es hier eine aktive Künstlerszene. Schloss und Kirche laden zum Verweilen ein. Die Sicherung der Kinderbetreuung hat Barbara Klembt von Anfang an zur Chefsache erklärt. „Wenn die Kinder und Jugendlichen später mal aktiv werden sollen in und für die Region, müssen sie auch eine Beziehung zu ihrem Ort haben.“ Deshalb hat sie sich dafür eingesetzt, in ihrem Gemeindeverband lieber sechs kleinere Einrichtungen zu erhalten als die Jüngsten zentral zu betreuen.

In Wiesenburg gibt es eine Grundschule als „Verlässliche Halbtagschule“. Sie bietet eine flexible Eingangsphase mit besonderen Förderangeboten, ohne Sitzenbleiben und mit der Option Klassen zu überspringen. Nachmittags wird zu verschiedenen Freizeitangeboten eingeladen. Es gibt einen Jugendclub, eine gut bestückte Bibliothek und regelmäßige Veranstaltungen im Kulturzentrum. Viel Wert wird auf die Zusammenarbeit mit Vereinen gelegt, und so entsteht derzeit mit Unterstützung des Deutschen Alpenvereins – Sektion Hoher Fläming eine Kletteranlage im ehemaligen Heizhaus der Schule. Die Gemeinde leistet sich 13 kleine Ortsfeuerwehren und sieben Jugendfeuerwehren. Das erhält die Bindung zum Dorf genauso wie die Kinderspielplätze. Die Ortsteile sollen ihre Infrastruktur behalten, so das Wiesenburg Konzept. Deshalb arbeitet der Gemeinderat auch nicht auf der Basis von Fachausschüssen, sondern die Ortsbeiräte tragen Verantwortung für alles, was vor Ort geschieht. Es geht dabei genauso wenig nach Fraktionen, sondern um sachorientierte Arbeit. Ziel ist eine einvernehmliche Lösung. Gute Teamarbeit sieht Barbara Klembt als Notwendigkeit. „Man muss viel miteinander reden, damit man viel von einan-

der weiß.“ Dann, wenn nur noch aus Prinzip debattiert wird, gibt es eine Entscheidung der Bürgermeisterin. Da ist sie rigoros.

Sie möchte gern jede Bürgerin, jeden Bürger in die Entscheidungen über die Perspektive ihrer Gemeinde einbinden. Aus diesem Grund wurde öffentlich zur Zukunftswerkstatt eingeladen. Erstmals nutzten die Wiesener diese Methode um Ideen zu sammeln und zu diskutieren im Jahr 2004. Die zweite Auflage folgte im Jahr 2007. Heute bringen sich die Arbeitsgruppen, die daraus entstanden sind, aktiv in die Gestaltung des Lebensumfeldes ein.

Der als Allheilmittel verkauften Privatisierung öffentlichen Eigentums steht Barbara Klembt kritisch gegenüber. „Was man erstmal abgeschafft hat, kriegt man selten wieder eingerichtet.“ Und so behält sich die Gemeinde selbst viel vor. Durch die Verwaltung eines Grundbestandes von Wohnungen können beispielsweise einkommensschwache Menschen unterstützt werden. Eine Priorität sieht die Bürgermeisterin darin, vor Ort Stellen zu schaffen und einheimischen Betrieben Aufträge zu vermitteln. Sie engagiert sich persönlich für Belange der Regionalentwicklung und arbeitet in der AG für Ländliche Entwicklung im Landkreis Potsdam Mittelmark, welche wiederum eingebunden ist in das Netzwerk „Hoher Fläming“. Dabei hält sie die Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft für eine Investition in die Zukunft. In Planung ist auch ein klimafreundliches Blockheizkraftwerk, das Energieerzeugung aus Biogas mit Wärmenutzung für Wohnungen koppelt. Der Bau einer Gewächshausanlage soll an einem zweiten Standort die Wärme einer Biogasanlage sinnvoll verwerten. Barbara Klembt meint: „Auf Dauer können wir es uns nicht leisten, dass attraktive Arbeitsplätze nur im Westen zu finden sind. Wir gehören doch dazu. Es kann doch nicht sein, dass wir hier nur Billigtarif- und Praktikumsland sind.“ Sie erlebt das Problem in der eigenen Familie. Der zweite Sohn ist mit Ehefrau und Kindern nach Frankfurt am Main gezogen, der Arbeit wegen. Die Tochter möchte nicht

fort. Sie pendelt täglich nach Berlin und hat dadurch einen langen Arbeitstag. Glücklicherweise wohnen der älteste Sohn und seine Tochter in der Gemeinde. Noch wandern mehr Menschen ab als zu. Und es sterben mehr als geboren werden. Die Bürgermeisterin engagierte sich, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und zieht damit an einem Strang mit den Vereinen, der Kirche, den Betrieben und vielen Bürgerinnen. Sie nimmt die meisten Termine und Veranstaltungen, die sich um Regionalentwicklung drehen, persönlich wahr.

Bleibt da überhaupt Zeit für eigene Interessen? „Dienst ist für mich nicht immer Pflicht. Wenn ich zum Kinderfest eingeladen bin oder zur Langen Nacht der Kunst, dann gehe ich da mit viel Freude hin.“ Außerdem sieht sie das als Frage der Organisation. Viele Termine absolviert auch ihr Stellvertreter, dem sie dankbar für die gute Zusammenarbeit ist. Ihr Ehemann, arbeitsloser Fahrlehrer, entlastet sie von häuslicher Tätigkeit. Erholung bieten ihr der Garten und der Wald hinterm Haus. Sie liebt ihre Pflanzen, hegt und pflegt sie, egal ob sie im Topf oder draußen gedeihen. Ihr Traum: „Zeit für Dinge haben, die mir Spaß machen. Pilze sammeln, Handarbeiten, die Enkelkinder um mich haben.“ In sechs Jahren wird sie definitiv in den Ruhestand gehen und darauf freut sie sich. Die Vision: „Strukturen schaffen, die unsere Dörfer erhalten. Strukturen, die Leute auf dem Land halten oder hierher ziehen.“ Dabei gibt sie sich keinen Illusionen hin, pragmatisch wie sie ist. „Visionen und Realität müssen manchmal auseinander gehalten werden. Man kann sich immer nur in einem bestimmten Rahmen bewegen. Und doch muss man an Träumen festhalten. Und da, wo man die Chance hat, etwas selbst zu gestalten, soll man sie ergreifen!“ Und nun hat sich die kühle Frau aus dem Norden doch heftig in Feuer geredet. Ich bin überzeugt, dass es dieses Glühen ist, welches ihr das Vertrauen ihrer Mitbürgerinnen immer wieder gesichert hat. Diese Funken sprühen über.

SOLVEIG FELDMER

# Hierbleiben! heißt das große Ziel

## Eine Sonderwohlfahrtszone für den Salzlandkreis

Der Osten Deutschlands besteht aus Leuchtturmregionen und Korridoren dazwischen. Nördlich vom Salzlandkreis verläuft der Korridor von Berlin nach Hannover. Südlich grenzt die Metropolregion Leipzig/Halle. Der SLK gehört zu den stark schrumpfenden Regionen. Er nimmt einen Spitzenplatz bei der Abwanderung junger Frauen ein. Entsprechend niedrig sind auch die Geburtenraten. Die größte Bevölkerungsgruppe bilden die über 75jährigen. Die kleinste die 10-15jährigen. Was tun?

Eine Gruppe von Menschen ist zusammengekommen um die Idee einer Sonderwohlfahrtszone für den Salzlandkreis zu diskutieren. Das Konzept wurde von Uwe Rada, Journalist, Jesko Fezea, Architekt, und Stephan Lanz, Stadtplaner in Frankfurt an der Oder,

für das Projekt shrinking cities (2002-2006) entwickelt. Grundprinzipien der SWoZ sind lokale Selbstverwaltung und direkte Demokratie. Die SWoZ gründet auf radikaler Kommunalisierung und Deregulierung von Arbeits-, Bau-, Wirtschafts- und Sozialrecht. Die Kommune gewährt allen Mitgliedern eine vorbehaltlose Grundversicherung. Über die Mittel der SWoZ entscheidet ein partizipativer Bürgerhaushalt. Finanziert wird die SWoZ aus staatlichen Transfers, die in gleicher Höhe wie bisher gezahlt werden. Sie sind allerdings nicht mehr zweckgebunden, sondern pauschaliert. Ziele sind die Gründung von Betrieben, Dienstleistungs- und Bildungseinrichtungen, in deren Gefolge Arbeitsplätze geschaffen werden und regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen. Auch die

Nutzung leerstehender Räumlichkeiten und die Schaffung von Begegnungsräumen für Bürgerinnen und Bürger ist angestrebt. Durch all das wird eine Steigerung der Lebensqualität möglich. Damit kommt man dem großen Ziel näher. Es heißt: Hierbleiben!

Einig waren sich die TeilnehmerInnen, unter ihnen zwei SozialwissenschaftlerInnen und ein Architekt, dass soziale Brennpunkte produziert werden, wenn nichts Neues, Alternatives passiert. Damit junge Menschen hierbleiben, muss dem Verfall, dem Schrumpfen, dem Aussterben ein buntes, experimentelles Leben gegenübergestellt werden.

Die Idee ist es, im Salzlandkreis im Rahmen eines u.a. durch Kulturstiftungen zu finanzierenden Projektes für zwei bis drei Jahre ein groß angelegtes Rollen-

spiel durchzuführen. Nach dessen wissenschaftlicher Auswertung und positivem Bürgervotum sollten dann die Weichen für die Einrichtung einer Sonderwohlfahrtszone im Salzlandkreis gestellt werden.

2.000 Menschen könnten dafür gecastet und engagiert werden. Gefragt sind Kreativität, Neugierde, Erfindungsgeist, Enthusiasmus, Phantasie, Mut Neuland zu betreten, keine Angst vor'm Scheitern. Lust am Ausprobieren eigener Vorstellungen. Am Kennenlernen fremder Ideen und am selbstorganisierten Lernen. Gesucht sind IndividualistInnen, die sich versuchsweise auf ein Team einlassen um das solidarische Miteinander zu probieren. So lautet auch eine der Fragen aus dem als Arbeitsgrundlage dienenden Papier, dass auf dem Treffen entworfen

wurde: Wie passt Autonomie mit solidarischer Ökonomie zusammen? Einigkeit bestand auch darin, dass durch die SpielerInnen ein Prozess angestoßen werden soll, der von den Menschen im SLK aufgenommen und weiter entwickelt werden kann. Wie geht direkte Demokratie? Wie kann man als Einzeller partizipieren: Seine Stimme einbringen, mitentscheiden? Zur Beantwortung bedarf es eines Teams von Leuten die Bildungsarbeit leisten. Nicht im herkömmlichen Sinn: Hier Lehrender – dort Unwissende. Lebenslanges Lernen heißt das Stichwort. Einen Anknüpfungspunkt hierfür bietet ein frühes Konzept des Bauhauses. Menschen, die es in ihrem Handwerk, ihrer Kunst, ihrem Beruf zur Meisterschaft gebracht haben geben ihr Wissen, ihre Fertigkeiten di-

rekt und praktisch an die Lernwilligen weiter.

Damit die Rollenspieler ohne Existenzsorgen den angebotenen Freiraum mit ernsthaften Ideen füllen können erhalten sie eine monatliche Gage von 750 Euro und 750 Urstromtalern. Dabei ist wichtig, dass die Regionalwährung Urstromtaler in Wert gesetzt wird. Nur dadurch entwickelt sie Kaufkraft. Das heißt, BezieherInnen der Urstromtaler müssen selbst Waren und Dienstleistungen in Regionalwährung anbieten. Auf diese Weise könnte der regionale Wirtschaftskreislauf zusätzlich Impulse erhalten.

Menschen, die sich bei der Entwicklung des Konzeptes einbringen wollen, sind herzlich willkommen.

SOLVEIG FELDMER

# Arbeitszwang als Normalität

## Sanktionen untergraben Bürgerrechte

Wer heute bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Maßnahme oder ein Jobangebot ablehnt, wird mit Kürzungen bis zu 100 % des ohnehin geringen Arbeitslosengeldes II (ALG II) bestraft. So sieht es das Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) vor. Die formalistische Ausführung dieser Regelung hat einen an Depressionen erkrankten Mann aus Speyer 2007 in den Hungertrieb getrieben. Entsprechend der Regelungen bei Hartz IV galt der depressive Mann als „arbeitsfähig“ und musste somit seine staatliche Unterstützung beim Job-Center beantragen. Bedingt durch seine Krankheit kam er Einladungen seines Fallmanagers nicht nach. Daraufhin wurde ihm komplett das Geld gestrichen. Unglücklicherweise hielt sich seine Mutter zu der Zeit in einem Krankenhaus auf. unfähig mit der Situation umzugehen, verhungerte er schließlich, weil er kein Geld mehr erhielt. Als dieser tragische Fall bekannt wurde, wandte ich mich an die Bundesregierung. Deren Antwort zufolge wurde beim örtlichen Grundsicherungsträger teilweise rechtsfehlerhaftes Verhalten konstatiert, weitere Konsequenzen zog man nicht (Drucksache 16/5550). Ein solcher Fall sollte an sich Antriebsgenug sein, sämtliche Sanktionsregelungen sofort zu streichen, wie es in einer Sammelpetition ([www.sanktionen-weg.de](http://www.sanktionen-weg.de)) und wie es auch von der LINKEN, von den Jusos, vielen Grünen, von attac und zahlreichen anderen gefordert wird.

Im Artikel 12 des Grundgesetzes heißt es: „Alle Deutsche haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Sobald aber ein Mensch Hartz IV bezieht, gilt dieses Grundrecht offensichtlich nicht mehr. Er bzw. sie muss faktisch jedes Jobangebot anneh-

men. Selbst Jobs bei der Bundeswehr gelten inzwischen als zumutbar – zumindest wenn es um zivile Stellen geht. Wer eine solche ablehnt, muss damit rechnen, dass sein ALG II gekürzt wird. Das bestätigte die Regierung auf eine Anfrage: „Zumutbare Arbeitsangebote, die dem Leistungsempfänger durch die Bundesagentur unterbreitet werden, enthalten Hinweise zu den Rechtsfolgen, konkret zum Eintritt einer Sperrzeit sowie zum eventuellen Erlöschen des Anspruchs.“ (Drucksache 16/8012). Gab es da nicht mal die Gewissensfreiheit? – Aber offenbar nicht für Erwerbslose!

Nicht nur die Bundeswehr profitiert von dem Arbeitszwang. Was die Tiefe des Lohnes angeht, scheint es keine Schamgrenzen mehr zu geben. Und die Unternehmen freut es. Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat es bestätigt: In Folge der Hartz-Gesetze hat die Konzessionsbereitschaft von Arbeitssuchenden deutlich zugenommen. Das heißt, die Leute sind bereit, auch für Hungerlöhne zu arbeiten und gesundheitsschädigende Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen.

Selbst zur kostenlosen Probearbeit werden Erwerbslose vermittelt. Ein Dresdner Erwerbsloser beispielsweise schufte fünf Tage auf dem Bau, ohne dafür auch nur einen Cent zu bekommen. Andernorts wurde ein Erwerbsloser während eines monatlichen Praktikums als Busfahrer eingesetzt. Als er sich endlich gegen diese Ausbeutung zur Wehr setzte, wurde ihm das ALG II um 30 Prozent gekürzt.

Doch selbst bei angemessener Bezahlung kann es gute Gründe geben, ein Jobangebot abzulehnen – etwa wenn eine überzeugte Pazifistin bei der Bundeswehr ar-

beiten soll. Oder wenn ein Umweltaktivist, der jahrelang gegen Atomenergie gekämpft hat, nun als Sekretär eines Energieunternehmens gezwungen ist, dessen Kampf gegen den Atomausstieg zu unterstützen.

Fazit: Arbeits- und Gegenleistungszwang befördern Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen. Er setzt die Grundrechte auf freie Arbeitsplatzwahl sowie die Gewissensfreiheit außer Kraft und verstößt gegen Menschenrechte. Durch die Sanktionen werden den Betroffenen noch die letzten Ressourcen zur politischen Teilhabe entzogen. Der Arbeitszwang untergräbt so auch die Souveränität der Bürger und Bürgerinnen. Doch Prinzipien, wonach nur wer ein arbeitsames Wesen ist, ungeschmälert Bürgerrechte genießt, sind mit den Grundsätzen der Demokratie nicht vereinbar. Das Recht, als Staatsbürgerin, als „Citoyen“ in einem demokratischen Gemeinwesen aktiv zu werden, gilt für jeden und muss sich nicht erst durch wohlwollendes Verhalten erarbeitet werden.

Die genannten Gründe sprechen dafür, den kleinen und großen Roland Kochs Einhalt zu gebieten und sich für das Grundrecht auf eine garantierte Existenz- und Teilhabesicherung einzusetzen.

KATJA KIPPING

### Buchhinweis

Katja Kipping: Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch. ECON-Verlag, Berlin 2009

### Lesung

Ausverkauf der Politik  
Buchlesung am 02.02. 19.30 Uhr  
Stadtbibliothek Magdeburg  
Breiter Weg 109  
r/s / Stadtbibliothek Magdeburg

## Die Entdeckung der Nachhaltigkeit

Sinnsucher in der Werbeschleife



Vielleicht gerade in der Lebensmitte – aber hoffentlich schon früher – beginnen wir uns möglicherweise endlich zu wundern, dass uns so wenig Wichtiges erhalten geblieben ist. In all den Dekaden sind wir in jedes Gelegenheitsfenster eingestiegen, haben Lebensenergie in Alterserscheinungen und emotionale Bezugspersonen in Beziehungsmüll recycelt. Und bald, wenn der angebotene Proviant an Blauäugigkeit aufgebraucht ist, erscheint die jahrelang kultivierte Spontaneität nur noch als ein langweiliges Gewohnheitsrecht aus missverstandenen Zerstreungsbedürfnissen. Dann fehlt uns plötzlich etwas wie Nachhaltigkeit in unserem Leben, ein Prinzip, das besagt, es solle nicht mehr verloren gehen als im selben Zeitraum neu entsteht.

Dieses N-Wort aus dem Familiensilber politischer Korrektheit wird sicherlich zunächst einmal mit Fragen globaler Umweltzerstörung oder manchmal auch mit Generationengerechtigkeit in Verbindung gebracht – Themen also, die gefühlt so nahezu gar nichts mit unserem eigenen Leben zu tun haben. Aber ein bisschen Nachdenklichkeit vermittelt einem sicherlich leicht ein gewisses Unbehagen darüber, zwar notwendigerweise Teil des globalen Umweltproblems zu sein, doch demgegenüber kein bisschen Teil der Lösung. Auch, wenn wir immer eine negative CO2-Bilanz haben werden – schon, weil uns schlicht nicht die Wahl zwischen Lungenatmung und Photosynthese bleibt – gibt

es jedoch auch stets eine ökologischere Verhaltensoption. So können wir uns zwischen Auto- und Fahrradschlüssel entscheiden, den Gegenwert an CO2-Emissionszertifikaten für unsere Flugreisen aus dem Verkehr ziehen oder unser bisschen Kaufkraft verantwortungsvoller einsetzen. Zugegeben sind heute die Regeln leider so ausgestaltet, dass ökologisch verantwortungsvolles Handeln meist finanziell abgestraft wird und oft mit erheblichem Mehraufwand verbunden ist, während umweltignorante Schnäppchenjäger und Punktesammler mit Vorzugspreisen belohnt werden. Zweifelsohne ist es zudem eine sehr persönliche Entscheidung, wo man sich – je nach eigenen Möglichkeiten – einordnet auf diesem Kontinuum, das vom Pelze tragenden Zweitgeländewagenfahrer im Stadtverkehr bis hin zum sich ökologisch-dynamisch selbstversorgenden Bewohner der eigenen Pflanzenkläranlage im Strickwollpulli reicht. Haben Sie vielleicht Kinder? Kinder zu haben, hilft – wenn man sie dann auch noch irgendwie gern hat – jedenfalls entschieden dabei, Erwägungen in das individuelle Umweltverhalten einzubeziehen, die über die eigene Lebenserwartung hinausragen, und damit, für Nachhaltigkeit sensibilisiert zu sein – schon seinen Kindern zuliebe.

Zu einer nachhaltigen Lebensführung gehört nun aber nicht nur unsere Ökobilanz gegenüber unserer belebten bzw. unbelebten Umwelt, sondern ebenso die Verantwortung, die

wir uns selbst gegenüber wahrzunehmen haben. Dabei weist gerade der deutliche Anstieg psychischer Erkrankungen von Arbeitnehmern in Deutschland im zurückliegenden Jahrzehnt darauf hin, dass viele Erwerbstätige offenbar mehr über sich verfügen als sie sich eigentlich besitzen. So übersehen wir hin und wieder, dass wir mit unseren persönlichen Ressourcen genauso schonend umgehen und einer Art innerlichen Nachhaltigkeit Folge leisten sollten. Dem entspricht es darüber hinaus, das persönliche Bedürfnis nach Kontinuität zu stillen und sich einer Zerschnipplung der eigenen Biographie in Zeitverträgen, Fernbeziehungen und SMS-Kommunikation möglichst zu widersetzen, wenn wir diese als unerfüllende Provisorien erleben.

Letztlich stellt sich – angesichts der Endlichkeit des Lebens – irgendwann immer auch die Sinnfrage: Ist es für uns wirklich sinnstiftend, uns auf die Rolle von Konsumenten reduzieren zu lassen, die in ihrem Leben möglichst viele Naturressourcen in Unrat verwandeln – fremdbestimmt von Leuten, die viel Geld damit verdienen, bei uns mit ihren Werbedudgets Bedürfnisse zu erzeugen, die wir gar nicht haben? So verstanden kann Nachhaltigkeit ein Schlüsselbegriff zu mehr Lebensqualität sein, die – wie wir schon durch Erich Fromm instruiert sind – mehr persönliches Glück aus Lebendigem schöpft als aus toten Dingen.

FRANK TILLMANN

# Klimagerechtigkeitsbewegung

## Über unerfüllte Erwartungen und neue Hoffnungen

Zumindest was ihre praktische Umsetzung angeht, scheiterten fast alle größeren Aktionen in Kopenhagen im Dezember. Dennoch steckten die Proteste beim Klimagipfel das Terrain Klimakrise als ein Feld international vernetzter sozialer Auseinandersetzungen ab. Sie waren durchaus ein Schritt für eine neue Bewegung für Klimagerechtigkeit – wenn auch auf wackligen Füßen.

Eine andere Kampagne lief trotz ebenfalls visionärer Partnerschaft an eben jenem 18. Dezember in ein vorläufiges totes Ende. Die miteinander verflochtenen „open-source“ Kampagnen tcktckctck, 350.org und die Aktivitäten von Avaaz hatten zwar nach einigen Angaben weltweit ca. 15 Mio. Unterschriften gesammelt, unzählige großformatige Anzeigen gestaltet und hunderte Aktionen durchgeführt, das Ziel aber wurde verfehlt: nämlich ein „faïres, ambitioniertes, rechtsverbindliches Klima-Abkommen“.

Originell an diesen Kampagnen ist die Koalition, die sich z.B. unter dem Label tcktckctck zusammenfindet: von WWF, Oxfam und Greenpeace bis zu der Bank HSBC, Volvo, MTV und der Prince of Wales' Corporate Leaders Group, die ihrerseits

Unternehmen wie Shell, Allianz, Phillips vereint. Betreut wird das Ganze von der transnationalen PR-Agentur Euro RSCG Worldwide, die ihre Fähigkeiten sonst Kunden wie eben McDonalds zur Verfügung stellt.<sup>1)</sup> Dieser transnationale NGO/PR-industrielle Komplex trug dazu bei, die Erwartungshaltung an die Fähigkeit der versammelten Staatschefs zu schüren, die Klimakrise mit einem diplomatischen Willensakt bewältigen zu können. Politische Interessenslagen und Konflikte wurden dabei völlig ausblendet.

Vor diesem Hintergrund war es das Ziel des internationalen sozialen Bewegungs- und insbesondere Süd-NGO-Netzwerks Climate Justice Now!, des nord- und westeuropäischen AktivistInnen-Zusammenhangs Climate Justice Action, aber auch der Koalition um den Gegengipfel „Klimaforum“, dem eine alternative Agenda entgegenzusetzen.<sup>2)</sup> Der gipfel-typische Fokus höchstmöglicher globaler öffentlicher Aufmerksamkeit sollte das Sprungbrett für eine neue Klimagerechtigkeitsbewegung sein. Und es wurde gesprungen – etwas zu kurz, unsachte gelandet, mit einem Fuß im Knast, aber immerhin auf beiden Beinen.

Denn zum einen wurde der Klimagerechtigkeitsdiskurs dort auf eine breitere soziale Basis gestellt und zum anderen neue Netzwerke zwischen aktivistischen Netzwerken, sozialen Bewegungen und NGOs vor allem aus dem Süden geknüpft.

Aus der Perspektive derjenigen, die seit 15 Jahren oder mehr das Thema Klimakrise und andere Verheerungen des fossilen Energiesystems beackern, ist in der dänischen Hauptstadt eine neue Stufe erklommen wurden. Klar ist aber auch, dass das zentrale Ziel nicht erreicht wurde: die Inhalte der UN-Klimaverhandlungen zu politisieren und einen antagonistischen und öffentlich weithin wahrnehmbaren kapitalismuskritischen/antikapitalistischen Pol gegenüber der liberalen und daher marktorientierten Klimapolitik des UN-Prozesses zu etablieren.

Als zentrales Bild der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung nach Kopenhagen bleibt die Großdemonstration am Samstag mit 100.000 TeilnehmerInnen. Erwartet waren nur 40.000. Wenn die taz für diesen Tag das Label „Love Parade der Umweltschützer“ findet, dann trifft sie damit allerdings einen wahren Punkt: denn die De-

mo war mehr Bekenntnis als Politik. Unter dem Motto „Planet first – people first“ wurde von den „world leaders“ ein „faïres, ambitioniertes, rechtsverbindliches Abkommen“ gefordert.

Während der folgenden Aktionstage waren nicht mehr als 3.000 AktivistInnen unterwegs – inklusive dem 16. Dezember, als bei der „Reclaim-Power! – Pushing for Climate Justice“-Aktion versucht werden sollte, auf das Gelände der UN-Konferenz zu kommen. Eine strategische Tiefe hatte die Mobilisierung also nicht, obwohl in den europäischen Ländern mit den größten „aktivistischen Szenen“ (also der BRD, Italien, Großbritannien aber auch Dänemark) seit mindestens einem Jahr mobilisiert wurde.

Trotzdem: Für viele NGOs, die seit über einem Jahrzehnt im UN-Prozess mitarbeiten und für die es im Bezug auf die UNFCCC nur zwei Optionen gab, nämlich auf kritische Lobbyarbeit oder symbolische Aktionen zu setzen, hatte die Aktion das Verdienst, einen dritten Weg aufzuzeigen: Und zwar ungehorsame Aktionen zu setzen. Die Aktion bestand aus zwei Bewegungen: Einerseits sollte sich von außen, also von der Straße, eine



© Sheldon Kralstein, Golfplatz in der Wüste

große Menge durch die Polizeiketten drängen; andererseits sollten sich hunderte Menschen von innen, also aus dem Gipfel heraus kommend, draußen mit den radikalen AktivistInnen treffen und eine gemeinsame „Gegen-Versammlung“ direkt vor dem Konferenzzentrum abhalten. Zwar wurde es nicht geschafft, massenhaft auf das Gipfelgelände zu gelangen – aber der bloße Versuch eines Ausbruchs aus der Konferenz, der dann wiederum brutal von der dänischen Polizei zurückgeschlagen wurde, signalisierte eine neue Taktik. Die Taktik einer neuen Art der Zusammenarbeit von innen und außen in transnationalen Politikprozessen. Dieser Ausbruchversuch schuf Bündnisse, die so vor Kopenhagen nicht existierten.

Anders als die Aktionen war der Gegengipfel „Klimaforum“ mit nach eigenen Angaben 50.000 BesucherInnen ein überraschender Erfolg. Politisch kulminierte er in der Verabschiedung einer Erklärung, die von 500 Organisationen unterzeichnet wurde und den augenblicklichen Stand einer alternativen Klimapolitik skizziert. Formuliert wird eine Abkehr von marktbasierter Lösungen mit einer demokratischen Kontrolle der Ressourcen und der Wirtschaft, Ernährungssouveränität und einer Ablehnung des (grünen) Wachstumswahns.

ALEXIS J. PASSADAKIS

<sup>1)</sup> Vgl. [www.eurorscg.com](http://www.eurorscg.com)

<sup>2)</sup> Vgl. [www.climate-justice-now.org](http://www.climate-justice-now.org), [www.climate-justice-action.org](http://www.climate-justice-action.org), [www.klimaforum09.org](http://www.klimaforum09.org)

# Meldungen



## Grundeinkommen in Omitara

### Vortragsreise über Namibia von Herbert Jauch

Zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit ist Namibia das Land mit den größten Einkommensungleichheiten in der Welt. Ein großer Teil Namibias ist von Armut betroffen. Daher schlägt die BIG Koalition Namibia vor, ein landesweites Grundeinkommen einzuführen um die Armut direkt zu bekämpfen. „Wie Herbert Jauch über die soziale Situation in Namibia berichtet, weiß er, wovon er spricht. Der Fünfzigjährige ist über zwanzig Jahre in der namibischen Gewerkschaftsbewegung engagiert. Er gründete die namibische Lehrgewerkschaft und war von 1989 bis 2007 Direktor am Labour Resource and Research Institute (LaRRI), welches Forschungs- und Bildungsprojekte für die namibische Arbeiterbewegung durchführt.

Der Vorschlag zur Einführung eines Grundeinkommens in Namibia kam im Jahr 2002 von einer Regierungskommission. Kirche, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen griffen diesen Vorschlag auf. Die BASIC INCOME GRANT Koalition organisierte, dass alle Einwohner Omitaras (eine namibische Gemeinde 100 km östlich von Windhoek), die unter 60 Jahre alt sind, monatlich ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von N\$ 100 pro Person erhalten. Mit diesen umgerechnet 10 Euro wird in Namibia schon sehr viel gegen Armut getan. Über 60jährige erhalten in Namibia sozialen Transfer aus dem staatlichen Rentensystem.

Das auf zwei Jahre angelegte Grundeinkommensprojekt in Omitara wurde in wirtschaftlicher und so-

zialer Hinsicht ein sehr großer Erfolg. Trotzdem verweigert die namibische Regierung bislang die Ausweitung des Grundeinkommens auf das ganze Land und dessen Finanzierung.

Herbert Jauch wurde nun von mehreren Nichtregierungsorganisationen, unter anderem den Netzwerken Grundeinkommen in Österreich und Deutschland sowie von Attac beider Länder, zu einer Vortragsreise im März 2010 durch Österreich, Deutschland und der Schweiz eingeladen.

Er ist im Rahmen dieser Vortragsreise auch in Dresden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, attac, INKOTA, das Ökumenische Informationszentrum, die Initiative Grundeinkommen Dresden und Umgebung und andere Organisationen organisieren mit ihm ein Diskussionsveranstaltung. Herbert Jauch berichtet über die soziale und gewerkschaftliche Situation sowie die Erfolge und Perspektiven des Grundeinkommensprojektes in Namibia.

Sicher eine lohnenswerte Diskussion. Wird doch dabei auch begründet, warum das Grundeinkommen die beste Möglichkeit ist, politische, soziale und kulturelle Menschenrechte umzusetzen. Auch kann darüber nachgedacht werden, wie wir in Deutschland in Richtung Grundeinkommen vorankommen können.

RONALD BLASCHKE

23.03.2010, 19.00 Uhr, Kulturrahaus, Königstr. 15, 01097 Dresden. Veranstaltungstermine mit Herbert Jauch ab Anfang März 2010 unter [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

## Arbeit? Geld? Krise!

### Kongress Frauenkompetenz in der Finanzkrise

Experten erklären die Finanzkrise und niemand versteht's – das geht auch anders: Im März findet in Berlin ein Kongress zum Mitmachen statt. Organisiert von der attac-Projektgruppe Frauenkompetenz in der Finanzkrise, offen für alle, die sich ein Wochenende lang miteinander austauschen und voneinander lernen wollen.

Die Projektgruppe – eine motivierte Gruppe von meist jüngeren Frauen – beschäftigt sich seit April 2009 mit den Hintergründen und Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Ein Ziel des Projektes ist, dass sich mehr Frauen zu Wort melden zu diesem überwiegend der Männerwelt zugeordneten Thema. Um sprachliche Barrieren abzubauen, wurden dazu bereits in einem Glossar auf der Homepage Finanz-Fachbegriffe verständlich erklärt. Aus einer geschlechtersensiblen Perspektive rückten jedoch auch zusätzliche Aspekte zur Umgestaltung des Finanzsystems in den Fokus. Einer davon war der wachsende Unterschied in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu gehört, dass Arbeit sehr unterschiedlich bewertet und entlohnt wird; denken wir nur

an die Gehälter von Finanzmarktagenten und Pflegerinnen und die viele unbezahlte Arbeit in den Familien.

Vor diesem Hintergrund entstand das Motto Arbeit? Geld? Krise! für den Mitmachkongress. Im ersten Teil soll das Verständnis über die Ursachen der Krise vertieft werden. Um dann im nächsten Schritt Visionen davon zu entwerfen, wie Arbeiten, Wirtschaften und Finanzmärkte in der Zukunft gestaltet sein sollen. Auch bereits entwickelte oder praktizierte Alternativmodelle werden diskutiert. Gearbeitet wird in wechselnden Kleingruppen zur vielseitigen Erkundung von Fragestellungen ebenso wie in intensiven Workshops zur vertieften Diskussion. Alle, die dazu Lust haben, sind herzlich eingeladen.

MARLENE WERFL

Ein Mitmachkongress zum Verstehen, Träumen, Handeln  
attac-Projektgruppe Frauenkompetenz in der Finanzkrise  
20. – 21.03. in Berlin, Werkstatt der Kulturen  
[www.attac.de/finanzfrauen/](http://www.attac.de/finanzfrauen/)

# Programm

## Eine kleine Auswahl empfehlenswerter Termine und Veranstaltungsangebote aus Ost & West

01067 DRESDEN

**03. & 17.02., 19:30 Uhr**  
attacPlenum  
Kreuzstr. 7 (4. Etage - ÖiZ)

03046 COTTBUS

**02.02., 19:00 Uhr**  
attacTreffpunkt  
Quasimono, Erich-Weinert-Str. 2

04109 LEIPZIG

**28.01., 19.15 bis 21.00 Uhr**  
blue-green alliances now?  
Wie kann ein Umbau zu ökologisch-demokratischen Industrien gelingen?  
Wie kann eine aktive Industriepolitik im Zeichen des Klimawandels und der Wirtschaftskrise aussehen? Welche Impulse und Anregung könnten dazu von den Beschäftigten kommen? Welche Rolle könnte eine neue Kultur der Mitbestimmung spielen? Was soll den Ingenieuren von heute an den Hochschulen vermittelt werden, damit sie die Probleme von Gegenwart und Zukunft lösen können?  
Sven Giegold, Angelika Thomas (IG Metall Vorstand), Prof. Sturm, BR-Vorsitzender BMW Leipzig.

**09. & 23.02., 19:00 Uhr**  
attacPlenum  
Kirchliche Erwerbsloseninitiative  
Ritterstr. 5, 2.Etage  
**18.02., 18:00 Uhr**  
Podiumsdiskussion Pro & Contra: Bedingungsloses Grundeinkommen – Links und emanzipatorisch oder sozialpolitischer Irrweg?  
Pia-Naomi Witte, Juliane Nagel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig  
Moderation: Prof. Dr. Joachim Tesch  
RLS Sachsen, Harkortstr. 10,

06108 HALLE

**01.02., 20:00 Uhr**  
globale in Halle :: Hotel Sahara , 84 min., OmU  
Filmpartner Psychosoziales Zentrum für MigrantInnen Sachsen-Anhalt  
Im Anschluss Filmgespräch mit der Regisseurin Bettina Haasen  
LUX.Kino am Zoo, attacHalle

10178 BERLIN

**02.02., 10:00 Uhr**  
Kann man Wirtschaftskrisen erfolgreich bekämpfen oder sie verhindern?  
Reihe „Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus“  
Prof. Dr. Harry Nick; Moderation: Brigitte Sellmänn  
Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, rls

**20.02., 10:00 bis 17:00 Uhr**  
Kapitalismuskritik heute  
Kongress zum Forschungsprogramm von Jörg Huffschild  
Jörg Huffschild wäre am 19. Februar 70 Jahre alt geworden. Mit seinem viel zu frühen Tod haben wir einen der bedeutendsten politischen Ökonomen der Nachkriegszeit verloren und zugleich einen wichtigen Akteur der gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und politischen Linken.  
ver.di Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10, rls in Kooperation mit attac, Memorandum-Gruppe, eMemo-Group, ver.di/ Bereich Wirtschaftspolitik und den Zeitschriften Blätter für deutsche und internationale Politik, Sozialismus, Z-Zeitschrift Marxistische Erneuerung

19288 LUDWIGSLUST

**03.02., 19:00 Uhr**  
Systemkrisen des Kapitalismus: Wem nützen, wem schaden sie?  
Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg  
Rostocker Hof, Schweriner Str. 39, rls

28203 BREMEN

**03.02., 20:00 Uhr**  
Privateigentum – „tief im Wesen des Menschen“ begründet?  
Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs  
Ingo Elbe, rote ruhr uni Bochum  
Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs  
Die bei weitem einflussreichste Fassung, ja die Begründung des modernen Privateigentumsbegriffs findet sich in der 1689 veröffentlichten Zweiten Abhandlung über die Regierung von John Locke. Locke leitet das Recht auf Privateigentum aus dem Wesen des Menschen ab, genauer: aus der „Vermischung“ seiner Fähigkeiten mit Sachgütern durch Arbeit. Privateigentum wird damit erstmals in der politischen Ideengeschichte systematisch als vorsoziale Rechtsinstitution begründet und damit dem aufstrebenden Bürgertum eine nachhaltige Legitimationsgrundlage geschaffen, die noch im BGB nachwirkt. Auch viele Kritiken am Kapitalismus wurden von dieser „Arbeitstheorie des Eigentums“ geprägt („Eigentum (der Ausbeuter) ist Diebstahl“, „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ usw.).  
Der Vortrag von Ingo Elbe soll Lockes Ansatz in seinen Grundzügen und ideengeschichtlichen Konstellationen vorstellen,

einer Kritik unterziehen und zeigen, dass er in seinen Prinzipien bis heute fortwirkt. Die Widersprüche des ökonomischen Liberalismus sollen dabei ebenso deutlich werden, wie die gemeinsamen (falschen) Grundlagen, die viele linke Eigentumstheorien mit ihrem liberalen Widerpart teilen. Ingo Elbe ist Philosoph, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Oldenburg und Mitglied des Bochumer Arbeitskreises rote ruhr-uni. Aktuelle Veröffentlichungen: (Mithrsg.): Eigentum, Gesellschaftsvertrag, Staat, Münster 2009; Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965; Berlin 2008. Online-Texte unter: [www.rote-ruhr-uni.com](http://www.rote-ruhr-uni.com)  
Infoladen, St.-Pauli-Str. 10/12, rls in Kooperation mit associazione delle talpe, Bremen

24118 KIEL

**04.02.**  
Neoliberalismus. Krise. Ideologie. Intervention.  
Krise, radikale Realpolitik und sozialistische Transformation  
Mario Candeias, Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS; Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende Jusos; Joachim Bischoff, DIE LINKE; Moderation: Roger Behrens  
Christian-Albrechts-Universität, Christian-Albrechts-Platz 3, rls mit iaf e.V.

34119 KASSEL

**12.02., 18:30 bis 14.02., 17:00 Uhr**  
Commons: Strategische Perspektive oder Rettung des Kapitalismus?  
Wochenendseminar der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)  
In den vergangenen Jahren erlebt das Konzept der Commons (Gemeingüter, Allmende, das Gemeinsame, ...) eine Renaissance. Von der Global Marshall Plan Foundation bis hin zum Weltsozialforum wird in der Wiederentdeckung, Erhaltung und Weiterentwicklung der Commons die Möglichkeit gesehen, die Welt gerechter zu gestalten und die ökologische und ökonomische Krise zu überwinden. Zuletzt wurde sogar ein halber Wirtschaftsnobelpreis für die Commonsforschung an Elinor Ostrom vergeben. Gleichzeitig werden die Commons im Krisenprozess selbst massiv angegriffen (Klimakrise, Privatisierung, Überfischung, Überwachung und Zensur, ...). Eine weitere wichtige Eigenschaft des Commonsdiskurses ist seine Anschlussfähigkeit an so ziemlich jede Debatte, von Kommunist\_innen und Anarchist\_innen bis hin zu Liberalen und Konservativen findet jeder etwas darin. Doch wohin führt uns dies? In einen Kapitalismus 3.0 (Peter Barnes) oder in die radikale Transformation kapitalistischer Verhältnisse? In dem Seminar wollen wir uns gemeinsam einen Überblick über die Debatten verschaffen, strategische Potentiale erkennen und Beispiele aus der konkreten Praxis kennen lernen. Teil des Seminars werden zwei Open Spaces sein, d.h. Phasen, in denen alle Interessierten Diskussionsfragen vorschlagen oder anbieten können; zusätzlich sind bereits AGs zu bestimmten Themen vorbereitet.  
Villa Locomuna, Kölnische Str. 183, BUKO

39108 MAGDEBURG

**08. & 22.02., 19:30 Uhr**  
Offenes attac-Treffen  
Eine-Welt-Haus, Schellingstr. 3-4

55116 MAINZ

**29.01., 18:00 Uhr**  
Wohlstandsvermehrung durch Arbeitszeitverkürzung?  
mit:Stephan Krull (attac Mainz) und Jürgen Dehnert (Ver.di Rheinland Pfalz)  
Die Verkürzung und UmFairTeilung der Erwerbsarbeit gewinnt in der Krise erheblich an Bedeutung. Die stofflichen Grenzen des Wachstums wurden teilweise schon überschritten, die politischen Folgen der Standortkonkurrenz, die ökologischen und sozialen Kosten des industriellen Wachstums sind unüberschaubar. „Die neuen sozialen Bewegungen“, Kirchen, Frauenbewegung, wachsende Teile der Gewerkschaften streben das gleiche Ziel an.  
DGB-Haus, Kaiserstr. 26-30,  
Linkswärts, attac-Mainz, ver.di Rheinland Pfalz, rls und Jenny Marx Gesellschaft

70173 STUTTGART

**29.01. bis 31.01.**  
Stuttgart Open Fair 2010: Von alten Krisen zu neuen Wegen  
Stuttgart sucht neue Wege für eine gerechtere Welt – zum fünften Mal organisieren mehr als 60 Stuttgarter Initiativen das „Stuttgart Open Fair“. Sie fordern eine Welt, in der die Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen, Banken dem Allgemeinwohl dienen, alle Menschen am Wohlstand beteiligt werden und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden, anstelle des Festhaltens an Wirtschaftsaktivitäten und politischen Scheinlösungen, die nur dem Eigennutz weniger dienen.  
- Gemeingüter als Anti-Privatisierungsstrategie  
- Solidarisch wirtschaftend aus der Krise  
- Kapitalismus in der Krise. Neue Wege in eine solidarische Gesellschaft  
- Solidarisches Wirtschaften und Leben in der Region: Vorstellung von Projekten und Initiativen  
Workshops (Forum 3), Programm mit Info-

ständen, Bühnenprogramm, Straßentheater etc. statt.  
Forum 3, Gymnasiumstr. 21

80336 MÜNCHEN

**30. bis 31. 01.**  
**Winterschule 2010**  
„Eine Wirtschaft für den Menschen ist möglich! Krisen-Analysen und Lösungswege“  
Ist mit dem Jahr 2009 auch die Finanzkrise beendet? Ist außer Spesen (allerdings in Milliardenhöhe) nichts gewesen? Mit den Fragen, wie die aktuelle Situation einzuschätzen ist und welche Veränderungen es in Wirtschaft und Finanzwelt gegeben hat sowie mit Impulsen für ein auf anderen Werten basierendes Wirtschaften beschäftigen sich die vielfältigen Veranstaltungen der diesjährigen Winterschule von attac München. Es werden unter anderem Christian Felber und Werner Rügemeier nach München kommen.  
30.01., 10:00 bis 11:00  
Ankommen und Vorstellung der ReferentInnen

**11:00 bis 13:00**  
Von Rettern, Räubern und Renditen - was die Finanz- und Wirtschaftskrise uns lehrt (Podium mit Werner Rügemeier und Gerd Zeitler, Moderation: Renate Börger)

**13:00 bis 14:30**  
Mittagessen (um Anmeldung wird dringend gebeten)

**14:30 bis 16:30**  
ArbeitsUnrecht (Workshop mit Werner Rügemeier)

Verdachts- und Bagatellkündigungen, unbezahlte Mehrarbeit, unbefristete Leiharbeit, unbezahlte Dauerpraktika, Niedriglöhnerie, Ausspähung um Betrieb, Betriebsratsverhinderung, „gelbe“ Gewerkschaften, Zwangsarbeit für Arbeitslose (workfare)... das Spektrum des Arbeits-Unrechts ist in der neoliberalen Wirtschaft immer weiter ausgedehnt worden. Wie sehen die bisherigen Formen des Widerstands aus? Wie können die Betroffenen eine öffentliche Stimme finden? Wie kommen wir zum politischen und Generalstreik?  
Hilfen - um über Geld zu Denken (Workshop mit Raúl Claro)

Obwohl sehr viel von unseren Gedanken, und auch Taten, im Alltag mit Geld zu tun haben, gibt es zu dem, was Geld wirklich ist, nur vage Gedanken, und auch direkt falsche Vorstellungen (z. B., Geld sei ein Ding, das DA ist, uns dass jede Ware auf dem Markt ihr entsprechendes Geldäquivalent hat). Manche dieser Gedanken kommen auch aus überkommenen Situationen (wie der Golddeckung, die bis in die 70er Jahre gedauert hat). So beachten wir alle die Besonderheiten des modernen Geldes - Papiergeld bzw. Giralgeld - unvollkommen und neigen möglicherweise zu falschen Schlüssen. Bei dieser Werkstatt geht es darum, einige wesentliche Punkte dessen anschaulich nachzuvollziehen, was Geld heute ist; also sich einige Hauptbegriffe einzuverleiben, die nützlich sind, wenn man über Geld nachsinnig oder spricht. Ich beziehe mich auf Bücher von Herman Daly, Irving Fischer und Frederick Soddy.

**17:00 bis 19:00**  
Marxismus meets Gemeinwohloökonomie (Plenum mit Conrad Schuhler und Christian Felber, Moderation: Renate Börger)  
Christian Felber zeigt in Thesen wie die Profitorientierung überwunden und eine Transformation zu einer Gemeinwohloökonomie „jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ gelingen kann. Conrad Schuhler (ISW) hat dazu kritische Fragen. Nach einem Zwiegespräch der beiden, Öffnung zur Debatte

**19:00 bis 20:00**  
Abendbrot

**20:00 bis 23:00**  
Abendprogramm Musik und Kabarett mit Boris Ruge.

**31.01., 11:00 bis 13:00**  
Die Demokratische Bank (Vortrag und Diskussion mit Christian Felber)  
Die Demokratische Bank lernt aus den Fehlern von Liberalisierung, Privatisierung, Globalisierung. Sie übernimmt die „guten Praktiken“ gemeinwohlorientierter Banken wie Genossenschaften und Sparkassen. Ihre Kernaufgaben sind: günstige Kredite, garantierte Sparguthaben, kostenloser Service. Sie wird von den BürgerInnen kontrolliert, die Regierung hat keinen Zugriff. Sie ist Teil des Demokratischen Bankensys-

### IMPRESSUM

#### HERAUSGEBER:

Freundeskreis attacVilla  
in Könnern e.V.  
Bahnhofstraße 6, 06420 Könnern  
Mobil 01 76 - 51 45 62 53  
[villa@attac.de](mailto:villa@attac.de)  
[www.attac-netzwerk.de/halle](http://www.attac-netzwerk.de/halle)

#### REDAKTION:

Solveig Feldmeier, Michel H. Matke,  
Walter Oswalt, Richard Schmid  
(ViSDP)

stems und führt uns in eine zinsfreie Gesellschaft.  
Wachstum, Stagnation, Krise, Absturz? Die Langfristperspektive aus der Sicht von Keynes (Workshop mit Bernhard Thomas)  
Fahren wir wirtschaftlich gegen die Wand? Gibt es einen Ausweg aus dem Teufelskreis des Wachstums und der Beschleunigung? John Maynard Keynes vermutete schon in den 1930er Jahren, dass es einmal wirtschaftlich so weit kommt und hat dazu Gedanken formuliert. Sie zeigen einen möglichen Weg in eine langfristig funktionierende Wirtschaft auf und vor allem kann er aufzeigen, warum ein „Weiter so“ heute nicht mehr sinnvoll ist.  
Über die Möglichkeit der Utopie (Workshop mit Young-Jin Choi)

Warum glauben manche Menschen an die Möglichkeit einer Utopie, die für andere nicht einmal in Frage kommt? Möglicherweise liegt dies an gegensätzlichen Intuitionen hinsichtlich der Bedeutung zentraler, unscharfer Begriffe der politischen Ethik wie „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Solidarität“. Im Rahmen des Workshops möchte ich erkunden, inwiefern alltagswissenschaftlich begründete Menschen- und Weltbilder den unterschiedlichen Deutungen dieser Begriffe zugrunde liegen. Ich möchte zeigen, dass der Glaube an die Möglichkeit einer Utopie intuitive Antworten auf anthropologische Grundfragen voraussetzt. Solange diese Intuitionen nicht selbst zum Gegenstand des Diskurses um alternative Wirtschaftssysteme werden, stoßen um Rationalität bemühte Diskurse an ihre Grenzen.

**13:00 bis 14:30**

Mittagessen (um Anmeldung wird dringend gebeten)

**14:30 bis 16:30**

Gemeingüterbewegung und Zukunftsfähigkeit (Workshop mit Angelika Heimerl und Renate Börger)

Die Studie Zukunftsfähiges Deutschland vom Wuppertal-Institut und die neue Gemeingüterbewegung zeigen in die richtige Richtung: Verpflichtung des Wirtschafts gegenüber den Weltgemeingütern Klima, Kultur und Menschenrechten!  
Vorgestellt werden Wege, wie es angesichts viel zu hoher Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch in Deutschland gelingen kann, ein neues Wohlstandsmodell zu entwickeln, das das Prinzip „andere-besser-weniger“ verfolgt und weltweit tragbar und übertragbar ist. Die Gemeingüterbewegung könnte die neue Erzählung des 21. Jahrhunderts sein, die verschiedenste Strömungen vereint.

Regionalisierung als Grundlage zukunftsfähiger Globalisierung (Workshop mit Gerd Zeitler)

Wir dürfen die wirtschaftliche Dauerkrise hinter der gegenwärtigen Finanzmarktkrise nicht aus den Augen verlieren. Den Flickschustern der Finanzmarktkrise wird es bei größtem Optimismus vielleicht gelingen, die Krise mit Steuergeldern und halbherziger Regulierung der Finanzmärkte vorübergehend abzumildern. Aber die politische Halbherzigkeit ist der Nährboden für die nächste Finanzmarktkrise. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen wir die Ursache der seit den neunziger Jahren eskalierenden Dauerkrise bekämpfen: nämlich die alle Märkte umfassende neoliberale Freihandelsdoktrin. Die Ursache führt uns unmittelbar zu den notwendigen Gegenmaßnahmen, die sich in dem Schlagwort „Regionalisierung als Grundlage zukunftsfähiger Globalisierung“ zusammenfassen lassen! Betriebe in Belegschaftshand! (Workshop mit Giuliana Giorgi)

Auf der Suche nach maximaler Rendite rauscht das Kapital an der realen Wirtschaft vorbei, tummelt sich in Spekulationsblasen. Zurück bleiben insolvente Betriebe und qualifizierte ArbeitnehmerInnen, die in die Perspektivlosigkeit entlassen werden. Es gibt eine Alternative: die Überführung in Selbstverwaltung durch die Belegschaft. Anhand des Beispiels „Marcora Gesetz“ wollen wir Wege aufzeigen, wie Betriebsübernahmen auch in Deutschland gelingen können.  
Kontakt und Anmeldung:  
[schule@attac-m.org](mailto:schule@attac-m.org) oder Tel. 089/322 66 64 – Sue Dürr  
Zur Deckung unserer Unkosten freuen wir uns über eine freiwillige Spende (Richtsatz je nach Möglichkeit 5-20 €)  
Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80, U4/5 Theresienwiese

#### TEXTE:

Ronald Blascke, Katja Kipping, Alexis J. Passadakis, Uwe Schaar-schmidt, Frank Tillmann, Andrea Vetter, Marlene Werfel

#### GESTALTUNG/SATZ:

WERFT Kommunikationsdesign  
Brühl 54, 04109 Leipzig

**DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 05.03.2010.**